

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen an denen die Anzeiger
für das Erzgebirge die Postämter
in A. — Einheitspreis monatlich
1.00 — Anschlag Nr. 23.

Anzeigenpreise die sich an der Post
bestimmen die Anzeigen aus A. und
umgeben in Goldmarken, aus
wärtige Anzeigen in Goldmarken, 2.
National-Anzeigen in Goldmarken,
amtliche Preise in Goldmarken.

gramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900.

Nr. 167

Sonnabend, den 19. Juli 1924

19. Jahrgang

Politische Rundschau.

Es nützt alles nichts, ob die „Germania“ als offizielles Organ der Zentrumspartei, die „Zeit“ des Herrn Dr. Stresemann oder die „Nationalliberale Korrespondenz“ als Sprachrohr der Deutschen Volkspartei die deutschnationalen Krisenversuche ablehnen oder nicht es wird lustig weiter drauf losgekräftelt. Kamentlich der „Berliner Sozialanzeiger“ ist darin unermülich: „Außerhalb jeder parteipolitischen Bindung.“ So sagt er, obwohl er bei den Reichstagswahlen pflichtgemäß im Sinne seines Mitbestizers, des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Eugen Berg für die Kandidatur von dieser Parteien eintritt, erörtert er nochmals die Möglichkeit einer Regierungsbildung. Ein paar tüchtige Männer würden, hinter den Kulissen freundschaftlich zusammenhängend, dem deutschen Volke ein neues Kabinett beschicken. Natürlich ein Kabinett nach den Wünschen der Rechten. Geschwindigkeit ist keine Forderung. Sozusagen wird so Weltgeschichte gemacht. Zwar die deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten wünschen keine Veränderung, aber auf solche Kleinigkeiten kommt es schließlich nicht an. Die innere Politik ist nicht sehr tragfähig und würde eine solche Belastung kaum aushalten. Macht garnichts. Und die äußere Politik? Darüber zerbrechen sich die Hintermänner des Sozialanzeigers erst recht nicht den Kopf. Sondern wie wird es schon werden. Zwar würde der Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung und der Londoner Konferenz vermutlich die Spannungen zwischen den deutschen Wünschen gegenüber, die ja auch die Wünsche Englands und Amerikas sind, schon mit Rücksicht auf seine eigene schwache Stellung unbillig machen aber ein Zusammenbruch der Londoner Konferenz dem so ort vorausschicklich ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft folgen würde, geniert offenbar die großen Geister noch weniger. Schließlich ist jeder außenpolitische Mißerfolg den Deutschnationalen zugute gekommen, während ein Erfolg die Republik festigen würde. Daher wohl diese Cuertreterei.

Die Schussollvorlage der Regierung kann eine große Schlauchheit sein hinter der eine raffinierte Wölch steht, um dem Sachverständigenrat im Reichstag eine Wehrzeit zu schaffen. Man tut aber gut, mit dieser Schlauchheit nicht zu rechnen, denn sie ist nicht da. Hier haben ein paar Minister mit ein paar Geheimräten Politik gemacht, ohne zu wissen, wie sie sich in die gesamte Lage einfügt. Ähnlich wie man im Februar eine Reichstagsauflösung ohne politische Überlegung machte und erst nach dem 11. Mai voll erkannt hat, mit wie wenig Klugheit die Welt mal wieder regiert wurde. Wir sollten uns hüten, uns schon jetzt, in Erinnerung an vergangene Zeiten auf eine allgemeine Freihandelspolitik festzulegen. In einer mit Ausnahme von England völlig schuldlosen Welt können wir nicht im ungeschützten Freihandel erstrahlen. Es bleibt auch in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben deutscher Wirtschaft und Sozialpolitik, einen starken Bauernstand eine leistungsfähige Landwirtschaft zu erhalten. Ob man dazu Schutzzölle braucht und welche, das steht keineswegs fest. Schon aus diesem Grunde muß man sich dagegen wehren, daß jetzt in der Eile Festlegungen getroffen werden, deren Tragweite auch der Wirtschafts- und der Ernährungsminister nicht übersehen. Schutzzölle bringen der deutschen Landwirtschaft nurzeit nichts. Wozu man aber Zölle auf Vorrat bewilligen soll ist das Geheimnis des Grafen Rant. Uebrigens ist Deutschland jetzt ein Getreideausfuhrland geworden.

On revient toujours oder, ins Böhmische übersetzt, Alte Liebe rostet nicht. In der mit Enthaltungen reich besetzten Rede des bairischen Volksparteilers Regierungsrat Schäffer wirkt besonders seine Behauptung, daß in den letzten Wochen ganze Hunderttausende der Nationalsozialisten zu den Kommunisten übergegangen wären. Er hat sich offenbar vorläufig ausgebrüht, denn er hätte erheblich deutlicher sagen können, daß sie heimgekehrt sind. Kleine Spaltungen zwischen dem Sowjetstern und dem Hakenkreuz haben über die innere Verwandtschaft nie hinweggeleitet. Nur die Deutschnationalen sind auf diesen schwarzwelch-roten Wein getrunken und haben die böhsche Bewegung eine geraume Weile liebevoll gehegt und gepflegt. Bis ihnen zu spät klar wurde, daß der Unterschied im Parteiprogramm nur in den Farben der Fahne und der Form des Abzeichens bestand. Als der Wahlsieger auf erschien und die Wulle und Graue Horden aufstellten, die sich mit derselben Leidenschaft gegen das Großkapital jeder Konfession richteten, wie es etwa Huth Bisher oder Werner Schölem machen, merkte man sogar in den großparteilichen Kreisen, daß

man den Hof zum Wiener bestellt hatte. Aus Gah gegen die Republik hatte man ganze Scharen von Hakenkreuzern, Stahlhelmen und anderen auf den großen Wätern gefüttert und ihre Waffen in liebevolle Obhut anvertraut. Und nun sah man plötzlich, daß diese Beschützer der großen Wätern gegen republikanische Gefahren nur behelmte Kommunisten waren. In Mitteldeutschland führten in den Hakenkreuz-Organisationen sogar begnadigte Anhänger des Kaiserhauptmanns Mar Bötz das große Wort. Sie kamen, als offenbar die Sowjetgelder etwas knapper flossen und im Hakenkreuz Hochkonjunktur herrschte. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß auch dort Baisse eingetreten ist, heißt es für sie: Rückwärts, rückwärts Ton Rodrigo! Es ist auch schließlich gleichgültig, ob man unter Pöhner und Dieler oder unter Schölem und Joan Raß gegen die Deutsche Republik kämpft.

Londoner Meldungen wissen von kommunistischen Umsturzplänen aus Bulgarien zu berichten, hinter denen nicht nur nach englischer Auffassung die Moskauer

Trabizler zu suchen sind. Diese Meldungen stimmen seitdem überein mit einem Appell Sinowjews in den Sowjetblättern. Er triumphiert bereits, daß wieder ein Staat — gemeint ist offenbar Bulgarien — vom Proletariat erobert würde. Viel interessanter ist aber für uns seine dringende Aufforderung an die Kommunisten Oesterreichs, Polens und der Tschechoslowakei, sobald es nötig wird, den deutschen Kommunisten zu Hilfe zu kommen. Sonderlich überrascht sind wir von dieser Offenherzigkeit nicht, sie bestätigt ja im letzten Grunde nur das was wir aus dem in Stuttgart beschlagnahmten Material und aus den Ausführungen des Oberreichsanwaltes, über die der Abg. Böde im Reichstag Bericht erstattet hat, mit positiver Sicherheit das Rättse wissen. Ueberraschend ist höchstens die stichliche Entrüstung unserer Kommunisten über die Durchsicherung ihrer parlamentarischen Räume. Die Offenherzigkeit Sinowjews wird hoffentlich bei uns ihre Wirkung nicht verfehlen. Vor allem wird sie den Parteien zeleben, daß ihr tatsächliche, und nicht nur vermeintliche Gefahren drohen.

Sanktionsdebatte in London.

Englisch-französische Gegensätze. — Bevorstehende Einladung Deutschlands?

Zwischenbilanz.

Die ersten Tage der Londoner Konferenz haben noch keine Klärung gebracht und die Aussichten für ihren Verlauf und ihre Ergebnisse lassen sich noch nicht im entferntesten abmessen. Wie verschieden die Meinungen darüber selbst an Ort und Stelle sind, ergibt sich daraus, daß der Korrespondent eines deutschen Blattes den baldigen Abschluß der Konferenz prophezeit, während am gleichen Tag der Vertreter des „Matin“ die Meinung auspricht, daß die Konferenz sich noch erheblich in die Länge ziehen dürfte. Die letzte Auffassung dürfte die Wahrscheinlichkeit für sich haben, da die Gegensätze in London sich noch als sehr groß herausgestellt haben. In den Kommissionen ist es zu recht erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen, die sich bisher nicht überbrücken ließen. Der Streit geht vor allem um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanztechnischen Einheit Deutschlands und um die Frage der Sanktionen, die über Deutschland im Falle seiner Verfehlung gegen den Dawesbericht verhängt werden sollen. Zu diesen zwei Hauptstreitpunkten kommt als dritter noch die Frage der Einladung Deutschlands, in der Frankreich ebenfalls große Schwierigkeiten macht. So ist die Konferenz nunmehr gewissermaßen auf einem toten Punkt angelangt und es fragt sich, wie sie darüber hinweg kommen wird. Es hat den Anschein, als ob der entscheidende Anstoß, der die Maschine wieder in Gang bringt, von Amerika ausgeht. Der amerikanische Vertreter Owen Young hat in einer Unterredung mit dem „Matin“ mit erfrischender Deutlichkeit den Franzosen zu verstehen gegeben, daß Amerika keinen Cent herausruft, wenn der Dawesbericht nicht in einem wahrhaft verständlichen Geiste durchgeführt wird. Amerika, so erklärt er, gibt kein Geld her, wenn das Darlehen allein durch Gewalt gesichert werden soll.

Der Kampf um die Sanktionen

London, 18. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ kann den Text des französischen Vorschlags bezüglich der Sanktionen und den britischen Gegenvorschlag mitteilen. Beiden gemeinsam ist die Ernennung eines amerikanischen Mitglieds der Reparationskommission durch den einstimmigen Beschluß der Reparationskommission, oder andernfalls durch den Präsidenten des Saager Schiedsgerichtshofes. Sie unterscheiden sich bezüglich eventueller Sanktionen dadurch, daß der englische Vorschlag dem Generalagenten für Reparationen und dem Vertrauensmann der Bondholders ein gemeinsames Vetorecht übertragen will. Sanktionen dürfen nur beschloffen werden, wenn alle Vertreter gemeinsam von vorliegenden unterseitlichen Verfehlungen berichten. Von diesem Vetorecht will Frankreich nichts wissen. Der englische Vorschlag unterstreicht weiter die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens, während der französische der Frage der Sanktion ausweicht.

Beide Texte gaben zu einer längeren und erbitterten Diskussion Anlaß, die sich bekanntlich um die Vorläufige Abmachungen dreht, die dann abgedruckt und bis auf heute verzagt wurde.

Die wirtschaftliche Räumung der Ruhr

London 18. Juli. „Daily Telegraph“ berichtet, daß das zweite Komitee heute vormittags 11 Uhr zusammengetreten ist. Dieser Sitzung wird eine ziemliche Bedeutung beigegeben, weil die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Ruhräumung zur Tagesordnung stehen. Nach dem „Daily Telegraph“ der wohl das bestunterrichtete analytische Blatt über die Konferenzverhandlungen ist, werde England ein bestimmtes Datum als Tag der Inkraftsetzung des Sachverständigenratsratens festlegen, und zwar möglichst den 15. August. Die Franzosen dagegen wünschen schrittweise vorzugehen nach Maßgabe bestimmter Kriterien. Immerhin will man wissen, daß die Franzosen im allgemeinen der Auffassung näher gekommen seien, daß das Ruhrunternehmen liquidiert werden müsse. Sie betonen selbst, daß die Zeit gekommen sei, vom Kriegszustand zum Frieden überzugehen; nur könnten sie ihr natürliches Mißtrauen gegen Deutschland nicht sofort überwinden. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt gegenwärtig in der Note Beretti della Rocca über die Sanktionen. Die Verhandlungen darüber gehen am Freitag weiter. Bei ähnlichem Verlauf rechnet man mit der

Einladung der Deutschen für Anfang nächster Woche. Es ist aber noch nicht zu übersehen, daß die Franzosen an Deutschland wenig mehr zugestehen wünschen, als das „Recht“ der Unterschrift.

Die Bedingungen für Amerikas Hilfe.

Paris, 18. Juli. Der Londoner Vertreter des „Matin“ hatte mit dem Amerikaner Owen Young eine Unterredung, der dem Wunsch Ausdruck gab, daß die Konferenz Erfolg haben möge. Was er aber bisher gesehen habe, beunruhige ihn ein wenig. Damit die Hilfe für Deutschland zustande komme, müßten drei Bedingungen erfüllt werden:

Es müßte ein Abkommen mit Deutschland getroffen werden, und diesem Abkommen müßte Deutschland ohne Zwang zustimmen.

Man müßte ferner Gewißheit haben, daß das allgemeine Wirtschaftsleben Deutschlands nicht durch unwürdige Eingriffe gestört werde.

Endlich müßte man die Zusicherung erhalten haben, daß alle Einnahmen Deutschlands, die für den Dienst der Anleihe bestimmt sind, ihrem wahren Zweck zufließen werden, und nicht von einer auswärtigen Macht mit Beschlag belegt werden dürfen.

Wenn der Reparationskommission ein amerikanisches Mitglied beigegeben werden wird, um die Verfehlungen Deutschlands festzustellen, so würde dadurch den Anleihebesitzern eine Garantie gegeben, daß Zwangsmagnahmen nur im gemeinsamen Interesse der Gläubiger unternommen werden würden. Aber die Gläubiger müßten noch auf der Londoner Konferenz das formelle Versprechen abgeben, daß selbst wenn Zwangsmagnahmen gemeinsam ergriffen würden, der Zinsendienst der Anleihe gesichert wird.